

Arbeiter  
Angestellte  
Beamte



Arbeiter  
Angestellte  
Beamte

# DAS STEUER- UND GROLLBLATT

www.dstg-berlin.de/grollblatt

## 20. Gewerkschaftstag des dbb berlin: DSTG stellt wieder stv. dbb-Landesvorsitzenden



v. lk.: Bernd Raue, stv. dbb-Landesvorsitzender während der Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit (SPD)

**Auf dem 20. Gewerkschaftstag des dbb berlin am 25. März 2004 in der Katholischen Akademie wurde der stv. DSTG-Landesvorsitzende Bernd Raue wieder zum stv. dbb-Landesvorsitzenden gewählt. Damit ist die DSTG Berlin als eine der mitgliederstärksten Fachgewerkschaften im dbb wieder mit einem Mitglied in der Landesleitung des dbb - beamtenbund und tarifunion berlin vertreten. Der Gewerkschaftstag wird alle vier Jahre durchgeführt. Neben der Neuwahl der Landesleitung wurden auch Anträge zu gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Themen beschlossen. Politische Prominenz war angesagt. Neben den Fraktionvorsitzenden der im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien war auch der Regierende Bürgermeister anwesend. Zu den Delegierten sprachen auch die stellvertr. Bundesvorsitzenden des dbb - beamtenbund und tarifunion, Klaus Dauderstädt und Ilse Schedl.**

INHALTSVERZEICHNIS	
20. Gewerkschaftstag des dbb berlin .....	21
Impressum .....	22
Reform des Disziplinarrechts für Beamte .....	22
Projekt FISCUS gescheitert .....	23
Der öffentliche Dienst im Wandel der Zeit .....	24
20. Gewerkschaftstag des dbb berlin .....	25
Das Mitteilungsblatt des DSTG-Landesverbandes Berlin wird 50 Jahre alt (Teil 3) .....	26
Leistungsangebot der Deutschen Steuer-Gewerkschaft: DSTG-Rechtsschutz - Beratung und Verfahrensrechtsschutz	28

# Reform des Disziplinarrechts für Beamte

**Der Senat hat auf Vorlage von Innensenator Dr. Körting den Gesetzentwurf zur Neuordnung des Berliner Disziplinarrechts zur Kenntnis genommen. Die Vorlage wurde dem Rat der Bürgermeister zugeleitet.**

Mit der Neuauflage des Disziplinarrechts sollen künftig Disziplinarmaßnahmen beschleunigt und kostengünstiger für die Verwaltung durchgeführt werden.

Durch die Reform wird das Berliner Disziplinarrecht von der bisherigen Bindung an das Strafprozessrecht gelöst und dafür an das Verwaltungsverfahrenrecht angepasst. Die Disziplinarbefugnisse des Dienstvorsetzten werden erweitert. Gerichtliche Disziplinarverfahren fallen künftig in die Zuständigkeit der allgemeinen Verwaltungsgerichte.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll das Disziplinarrecht im Zuge der Verwaltungsreform an eine moderne und effektive Verwaltung und Rechtspflege angepasst werden.

## Besoldungstabellen

**Für die Beamtinnen und Beamte des Bundes und der Länder hat die Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion jetzt die aktuelle Besoldungstabelle ab 1. April 2004 und die Besoldungstabelle ab 1. August 2004 erarbeitet. DSTG-Mitglieder erhalten beide Besoldungstabellen über die örtliche DSTG-Bezirksgruppe.**

### LPD-Pressemitteilung vom 21.01.2004 (Internet):

Die Oberfinanzdirektion teilt mit:

Die Einkommensteuererklärung für 2003 kann einfach elektronisch angefertigt werden. Das neue kostenlose Steuererklärungsprogramm der Steuerverwaltung „ElsterFormular 2003“ ist da. Bundesweit haben bereits im vergangenen Jahr 1,1 Mio. Bürger von diesem Service Gebrauch gemacht.

Die aktuelle Software unterstützt neben der Einkommensteuererklärung 2003 erstmals auch die Umsatz- und Gewerbesteuererklärung 2003 sowie die Umsatzsteuer-Voranmeldung und Lohnsteuer-Anmeldung 2004. ... Für den Nutzer der Elektronischen Steuererklärung ( ELSTER ) ergeben sich klare Vorteile: die Bearbeitungszeit beträgt in der Regel 4 Wochen und damit kann auch mit einer schnelleren Steuererstattung gerechnet werden.

Die Finanzämter verzichten grundsätzlich auf die Vorlage von Belegen, soweit sie nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften verpflichtend einzureichen sind (z.B. Lohnsteuerkarte bzw. -bescheinigung, Bescheinigungen über Lohnersatzleistungen, Nachweis der Behinderung, Bescheinigungen über Steuerabzugsbeträge, Einzelaufstellungen bei den Überschuss-Einkünften usw.).

Die Steuerpflichtigen müssen jedoch die nicht einzureichenden Belege bis zur Bestandskraft des ESt-Bescheides aufbewahren und auf Verlangen dem Finanzamt vorgelegen. Die Software gibt Hilfen beim Ausfüllen der Steuererklärung, enthält eine integrierte Steuerberechnung und ermöglicht die Übernahme der Daten aus dem Vorjahr. Eine besondere Neuerung ist der automatische Abgleich der rückübermittelten Bescheidaten mit den vom Bürger erklärten Daten. Damit lässt sich feststellen, ob und an welchem Punkt das Finanzamt von der Erklärung abgewichen ist.

Das Steueränderungsgesetz 2003 macht es möglich, das bereits in diesem Jahr einige Pilotarbeitgeber die Daten ihrer Arbeitnehmer, die bisher auf der papiernen Lohnsteuerkarte eingetragen wurden, elektronisch an das Finanzamt übermitteln.

Ein Meilenstein auf dem Weg zur vollelektronischen papierlosen Steuererklärung ist damit erreicht.

Rückfragen: Manfred Becker, Telefon: 90 2410 449

## DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

### IMPRESSUM

**DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb - beamtenbund und tarifunion**

**Herausgeber:** Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVORBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)  
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Mo 9:00 - 18:00 Uhr Di - Do 9:00 - 14:00 Uhr  
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 E-Mail: info@dstg-berlin.de Internet: www.dstg-berlin.de

**Verantwortlich für den Inhalt:** Jürgen Köchlin

**Redaktion:** Detlef Dames (verantw.), Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Rita Rohde, Frank Schröder, Daniela Werner  
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 10. des Monats. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

**Fotos:** DSTG Berlin Archiv / Michael Pahlow (DSTG-Bezirksgruppe Tempelhof)

**Anzeigenverwaltung:** Götz Lemke

**Gestaltung/Layout:** Jürgen Köchlin

**Druck:** DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askaniering 155-156, 13585 Berlin (Spandau)  
Telefon: 030 3752030 Telefax: 030 3755226 E-Mail: druckerei.wichmann@t-online.de

**Titellayout:** Karsten Köchlin

**Auflage:** 8.100 Exemplare - Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

10. April 2004

# Projekt FISCUS gescheitert 900 Millionen Euro in den Sand gesetzt?

Offenbar hat nicht nur die Bundesagentur für Arbeit ein Software-Problem. Nach Presseberichten droht jetzt der Entwicklung einer einheitlichen Software für die deutschen Finanzämter das Aus. Verglichen mit den Kosten für das BA-System handelt es sich hier allerdings um ganz andere Größenordnungen. Ende Februar 2004 meldete der Sender „n-tv“ in einem Bericht, dass die langjährigen und extrem teuren Bemühungen, mit Hilfe des Projekts FISCUS eine dringend notwendige bundeseinheitliche Software-Lösung für die bundesdeutsche Finanzverwaltung zu schaffen, endgültig gescheitert ist.

Nach einem Bericht des „Tagesspiegel am Sonntag“ hat die Entwicklung der erfolglosen Software in den vergangenen 13 Jahren Kosten von 900 Mio. Euro verursacht.

Die eigens von Bund und Ländern gegründete Fiskus GmbH will jetzt offenbar ihre eigene Entwicklung für das Lohnsteuerprogramm begraben und das vorhandene

Programm eines Bundeslandes weiterentwickeln, berichtete die Zeitung ohne Quellenangabe. Der Bericht eines externen Prüfers werde zudem harte Kritik an der mangelhaften Organisation bei Fiskus und seinen staatlichen Eigentümern üben, hieß es unter Berufung auf Regierungskreise.

Eine Sprecherin des Finanzministeriums

sagte zu dem Bericht: „Wir wissen, dass es da Klärungsbedarf gibt. Die Gespräche laufen noch, es sind noch keine Entscheidungen gefallen.“

Seit 1991 haben Bund und Länder dem Bericht zufolge mehr als 900 Mio. Euro für das Projekt ausgegeben, obwohl anfangs nur 170 Mio. Euro geplant gewesen seien.

## Kleine Anfrage der Abgeordneten Sibylle Meister (FDP)

vom 02.12.03 und Antwort

### Sperren die Finanzämter die Rücküberweisungen zu viel gezahlter Lohnsteuer?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

**1. Trifft es zu, dass die Senatsverwaltung für Finanzen die Finanzämter mit Bezug auf die angespannte Haushaltslage angewiesen hat, Rücküberweisungen der zu viel gezahlten Lohnsteuer im Rahmen des Lohnsteuerjahresausgleichs an Berliner Steuerzahler zu sperren?**

Zu 1.: Nein

**2. Wenn es diese Anordnung gibt oder gegeben hat, wie wird diese von der Senatsverwaltung begründet?**

Zu 2.: Entfällt

**3. Wenn es diese Anordnung nicht gibt oder gegeben hat, kam es bei den angesprochenen Rücküberweisungen in letzter Zeit zu Verzögerungen oder wurden alle Gelder in der üblichen Zeitspanne ausgezahlt?**

Zu 3.: Ein Vergleich der Erledigungsquoten bei den Arbeitnehmer-Besteuerungsverfahren am 30.11.02 und am 30.11.03 zeigt nur unwesentliche Abweichungen:

Erledigungsquote am 30.11.02		
Veranlagungszeitraum	2000 = 99 %;	2001 = 94 %
Erledigungsquote am 30.11.03		
Veranlagungszeitraum	2001 = 98,9 %;	2002 = 92,1 %

Gleiche Erkenntnisse ergeben sich bei einem Vergleich der durchschnittlichen Bearbeitungsdauer. Am 30.09.02 hat die durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Arbeitnehmer-Besteuerungsfalles für den Veranlagungszeitraum 2001 59 Kalendertage betragen. Am 30.09.03 betrug die durchschnittliche Bearbeitungsdauer im Arbeitnehmer-Besteuerungsverfahren 2002 63 Kalendertage.

**4. Wenn es zu Verzögerungen gekommen ist, wodurch wurden diese verursacht bzw. wie werden diese von der Senatsverwaltung für Finanzen begründet?**

Zu 4.: Verzögerungen bei der Erledigung der Arbeitnehmer-Besteuerungsverfahren haben sich bei den Finanzämtern Hellersdorf/Marzahn und Lichtenberg/Hohenschönhausen im Frühjahr d. J. ergeben. Das Finanzamt Hellersdorf/Marzahn hatte ein neues Dienstgebäude bezogen und im Finanzamt Lichtenberg/Hohenschönhausen ist die Lohnsteuer-Arbeitnehmerstelle umstrukturiert worden. Die hierdurch eingetretenen Bearbeitungsrückstände sind inzwischen weitestgehend aufgeholt worden.

Berlin, den 17. Dezember 2003

H. Schulte

Senatsverwaltung für Finanzen

# Der öffentliche Dienst im Wandel der Zeit

## dbb-Vorsitzender Peter Heesen vor dem Innenausschuss

In der Anhörung am 1. März 2004 vor dem Innenausschuss des Bundestages zum Thema „Öffentlicher Dienst“ hatte Heesen die Gelegenheit, den Parlamentariern seine Ansicht zur Neugestaltung des öffentlichen Dienstrechts sowie zu den Einkommens- und Beschäftigungsbedingungen zu erläutern.

Der dbb-Bundesvorsitzende machte deutlich, dass im Unterschied zu Unternehmen in der Privatwirtschaft der Staat spezielle Pflichten für alle, nicht nur für ausgewählte Bürger zu erfüllen hat. Das Berufsbeamtenrecht muss deshalb weiterhin im Grundgesetz verankert bleiben mit seinen zeitweise auch einschränkenden rechtlichen Möglichkeiten.

Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung erfordert auch die Anpassung des Beamtenrechts und die Ausschöpfung seiner Möglichkeiten durch Leistungsan-

reize. Die Bundesländer haben auf diesem Gebiet immer noch Nachholbedarf, so dass der dbb ein neuzeitliches Laufbahnmodell gerade jetzt als dringend notwendig ins Gespräch gebracht hat.

Nach der Verschlechterung der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen wie der Verlängerung der Arbeitszeit und der Kürzung von Weihnachts- und Urlaubsgeld fehlt es den Beamten an einer Zukunftsperspektive. Werden den Bundesländern dann noch Zugriffe auf die Besoldungspolitik gestattet, droht ein Personalwettbewerb unter den

Ländern, der ein ungekanntes Ausmaß erreichen wird. Die Nachwuchsgewinnung kommt ins Stocken, und in strukturschwachen Regionen werden sich dramatische Mangelercheinungen beim Personalstand offenbaren.

Der dbb-Vorsitzende Heesen drückte seine Hoffnung aus, die Vorschläge des dbb in eine auch von ihm befürwortete Neustrukturierung des öffentlichen Dienstrechts einfließen zu lassen: „Wer kein konkurrenzfähiges Angebot hat, wird leer ausgehen, denn wir sind allein auf weiter Flur!“.

**Mitgliedschaft schützt vor Nachteilen bei einseitigen Maßnahmen durch den Senat!**

### **Die richtige Adresse für Ihre Bankgeschäfte!**

Seit über 130 Jahren für Post und Telekom – jetzt können Sie exklusiv als Beschäftigter bei Polizei, Justiz, Bundesgrenzschutz, Finanzamt, Feuerwehr und Zoll sowie Ihre Angehörigen ebenfalls die Vorteile einer PSD Bank-Verbindung nutzen.

Wir bieten alle Bankdienstleistungen im Einlagen- und Kreditbereich im Privatkundengeschäft.

### **Die Vorteile von PSD GiroDirekt**

- **komplett frei von Kosten**
- **Gewinn durch hohe Verzinsung ohne Mindesteinlage**
- **kostenlose BankCard**
- **kostenlose Mastercard / VISA Card**
- **Bargeld zum Nulltarif**
- **PSD OnlineBanking**

[www.psd-berlin-brandenburg.de](http://www.psd-berlin-brandenburg.de)

**Einfach anrufen**  
**0 18 03/850 820**

Mo. - Fr. 6-22 Uhr  
Sa. und So. 9-16 Uhr



**Berlin-Brandenburg eG**

Handjerystraße 34 - 36  
12159 Berlin (Friedenau)

# 20. Gewerkschaftstag des dbb berlin: DSTG stellt wieder stv. dbb-Landesvorsitzenden



**Erwartungsgemäß haben die Delegierten des 20. Gewerkschaftstages die engagierte Arbeit ihrer bisherigen dbb-Landesleitung honoriert.**

Mit dem positiven Ergebnis von 79 Ja-Stimmen bei 86 gültigen Stimmzetteln nimmt der neue „alte“ Landesvorsitzende Joachim Jetschmann Kurs auf seine dritte Amtszeit. Der Justizvollzugsbeamte war auf dem 17. Gewerkschaftstag des dbb berlin 1996 zum Landesvorsitzenden gewählt worden, nachdem er seit 1988 das Amt eines stv. Vorsitzenden bekleidet hatte. Jetschmann ist Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Berliner Justiz und zur Zeit freigestellt. Nach der Wiederwahl von Joachim Jetschmann (DJG) zum Landesvorsitzenden wurden am Nachmittag des 25. März 2004 auch seine drei bisherigen Stellvertreter Frank Becker (gkl), Bernd Raue (DSTG) und Helga Zumnorde (VBOB) in ihren Ämtern bestätigt. Neu als stellv. Landesvorsitzende ist Brigitte Dietrich (VBE): Sie löst Jutta Radikowski (DPhV) ab, die aus Altersgründen nicht mehr kandidiert hatte.

Bernd Raue, 55 Jahre alt, ist bei dbb berlin hauptsächlich für den Tarifbereich zuständig. Bei der DSTG Berlin leitet er als stv. Landesvorsitzender die Tarifkommission, die zuständig ist für die Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten und sich aus Delegierten der DSTG-Bezirksgruppen zusammensetzt.

Mehr Informationen (Anträge) zum dbb-Gewerkschaftstag im Internet.

Glückwünsche der DSTG Berlin für den wiedergewählten stv. dbb-Vorsitzenden Bernd Raue

## Beschäftigten- tabellen

Die aktuellen, von der dbb tarifunion herausgegebenen Beschäftigten-tabellen zum 1. Januar 2004 und zum 1. Mai 2004 für die Arbeiter und Angestellten im Landesdienst sind über die örtlichen Bezirgruppen erhältlich. Die ausgewiesenen Beträge basieren auf Eigenberechnungen der dbb tarifunion. Errechnet wurden nur die West-Tabellen, da alle Beschäftigten über das Einkommensangleichungsgesetz im Ergebnis „West-Vergütung“ erhalten.

## DSTG-Broschüre Wir über uns

Die DSTG-Bundesleitung hat die Broschüre „Wir über uns“ neu aufgelegt. In dieser gewerkschaftlichen Information stellt sich die Deutsche Steuer-Gewerkschaft als die Fachgewerkschaft für Angestellte, Arbeiter und Beamte, die in den Finanzverwaltungen des Bundes und der Länder und darüber hinaus (z. B. den aus der Finanzverwaltung entstandenen Dienstleistungsunternehmen) beschäftigt sind.

Die DSTG als die größte Mitgliedsgewerkschaft unter dem Dach des dbb beamtenbund und tarifunion will mit dieser Broschüre über die Arbeit der DSTG informieren, einen Überblick über die Serviceleistungen geben und diejenigen, die noch abseits stehen, ermuntern, ihre Berufsvertretung weiter zu stärken. Die Broschüre ist über die örtlichen Bezirksgruppen oder beim Landesverband erhältlich.

# Das Mitteilungsblatt des DSTG-Landesverbandes Berlin wurde 50 Jahre alt (Teil 3)

**Nr. 1-6/1962** Die Besoldungstragödie 1962  
Die Bundesleitung des DBB hat in einem Schreiben

- \* vom 11. November 1961 an den Bundesinnenminister eine Anpassung der Besoldung an die allg. Einkommensentwicklung ab 1. 01. 1962 gefordert. In diesem Schreiben wird an den Beschluß des Bundesverfassungsgericht vom 11. 06. 1958 erinnert - den Bundestag und Bundesregierung Ende 1960 grundsätzlich anerkannt haben -, „**daß die Beamtenbesoldung an die allgemeine wirtschaftliche (Einkommens-)Entwicklung anzupassen sei**“.
- \* vom 21. 02. 1962 an den BMI appelliert, den Antrag des DBB auf 7.7 % Besoldungsanpassung ab 1.1.1962, auch im Hinblick auf die nicht erwarteten Mehreinnahmen des Bundes um 5.1 Mrd. DM und der Länder um 2.1 Mrd. DM, beschleunigt zu prüfen.
- \* in einem Telegramm an Bundeskanzler Dr. Adenauer nachdrücklich dagegen protestiert, daß der Bundeshaushalt 1962 trotz gegenteiliger Zusagen die notwendige Besoldungsanpassung unberücksichtigt gelassen hat.

Auf stark besuchten Kundgebungen

am 5. April 1962 in Straubing, am 6. April 1962 in Landshut, am 2. Juni 1962 in Kassel,  
am 4. Juni 1962 in Frankfurt/M, am 5. Juni 1962 in Saarbrücken und Hannover  
am 6. Juni 1962 in Köln und Mainz und Bayreuth, am 8. Juni 1962 in Nürnberg  
am 25. Juni 1962 in Bonn (3000 Teilnehmer)

forderte der DBB eine Erhöhung der Dienst- u. Versorgungsbezüge um 7.7 %.

**Nr.7-12/1962** Mit Wirkung vom 1. Juli 1962 haben alle Länder (nicht der Bund) die Erhöhung der Dienst- u. Versorgungsbezüge um 6 % beschlossen.

## **Steuerliche Behandlung der Versorgungsbezüge**

Der Vorschlag des DBB geht dahin, in Zukunft nur noch die Hälfte der Ruhegehaltsbezüge der Besteuerung zu unterwerfen.

- Förderungsmaßnahmen für Berlin - **Berlinzulage**  
Das neue Gesetz (ab 1. Juli 1962) sieht eine Erhöhung der Präferenz von 20 auf 30 % vor. Außerdem erhalten AN mit Lohneinkommen aus einem gegenwärtigen Dienstverhältnis bis zu 2840,- DM monatlich Zulagen, die bis zu einem Monateinkommen von 500 DM 5 % des Bruttoeinkommens betragen und maximal 48.50 DM im Monat erreichen.
- §19 des Berliner Personalvertretungsgesetzes geändert

Die **Amtszeit des Personalrates** beträgt nunmehr 3 Jahre (in den übrigen Ländern und beim Bund 2 Jahre).

Soweit der Rückblick auf die ersten 10 Jahre unseres Mitteilungsblattes.

Wie ging es nun weiter?

## **Jubiläumszuwendungen:**

Am 22. Januar 1963 wird rückwirkend zum 1. Oktober 1961 verordnet:  
Die Jubiläumszuwendung beträgt bei einer Dienstzeit

von 25 Jahren 200 DM,  
von 40 Jahren 350 DM,  
von 50 Jahren 500 DM

und soll am Tag des Dienstjubiläum übergeben werden.

Die Beschäftigten des Landes Berlin, die ihr 40- oder 50jähriges Dienstjubiläum begehen, werden auf einer festlichen Veranstaltung, die einmal im Jahr vom Senator für Inneres durchgeführt wird, zusätzlich repräsentativ geehrt. (Die Beträge wurden später erhöht). Ab 2004 soll die Jubiläumszuwendung wegfallen. **Fortsetzung Seite 27 ▶▶▶**

# Das Mitteilungsblatt des DSTG-Landesverbandes Berlin wurde 50 Jahre alt (Teil 3)

►►► Fortsetzung von Seite 26:

## **Elektronische Maschinenanlage:**

Ab 2. Januar 1964 ist eine elektronische Maschinenanlage im FA Charlottenburg-West in Betrieb; Versuchsziele sind:

- a) ein Speichergerät für alle Daten zu haben
- b) Durchführung des Steuerfestsetzungsverfahrens
- c) Durchführung des Steuererhebungsverfahrens

Versuchszeit 5 Jahre. Es wurde ein Team von 10 „junge mathematisch begabte Beamte“ für dieses Pilotverfahren ausgewählt. Auswirkung sollte u.a. sein, „daß im Erhebungsverfahren künftig die Buchhalterstellen wegfallen“!

## **Arbeitszeitherabsetzung:**

Ab 1. April 1964 wird die regelmäßige wöchentl. Arbeitszeit auf 44 Stunden herabgesetzt, ab 1. Januar 1969 auf 43 Stunden, ab 1. Januar 1971 auf 42 und ab 1. Oktober 1974 auf 40 Stunden.

## **Einführung der gleitenden Arbeitszeit:**

Im FA Spandau wird ab Ende 1973 die gleitende Arbeitszeit (GLAZ) erprobt und ab 1.10.1975 in der OFD und allen FÄ eingeführt. Ab 1985 gibt es AZV-Tag(e).

## **BDSt - Jugend Berlin:**

Am 12. Februar 1965 fand im Prälat Schöneberg der 1. Landesjugendtag statt. Als Landes-Jugendleiterin wurde Frl. Erika Meischner (jetzt verh. **Ehrhard**) und als Stellvertreter **Norbert Gewies** gewählt.

## **Vermögenswirksame Leistungen:**

312,- DM Gesetz - jetzt auch für Angehörige des öffentlichen Dienstes:

Ab 1. April 1965 für Arbeiter und Angestellte und ab 1. Juli 1965 für Beamte, ab 1. Januar 1970 werden die prämiengünstigen Beträge auf 624,- DM erhöht; außerdem erhalten Landesbeamte vermögenswirksame Leistungen i. H. von 13,- DM.

## **Weihnachtszuwendung:**

Ab Dezember 1965 gibt es eine Sonderzuwendung i. H. von 1/3 des Gehalts, wird erhöht erst auf 50 %, dann auf 100 %; wird 1993 eingefroren und in 2003 auf 640 Euro gesenkt.

## **Landesfinanzamt Berlin:**

Aus dem Landesfinanzamt wird 1966 die **Oberfinanzdirektion Berlin**.

## **Personalauswahlkommission ab 30. November 1970:**

Finanzsenator Striek bezeichnet die PAK als einen Versuch, die Beförderungen in der Berliner Steuerverwaltung transparenter zu machen.

## **Sport in der (Berliner) Steuerverwaltung:**

Erstmalig wurde 1975 eine **Fußballmeisterschaft der Berliner Finanzämter** durchgeführt und das **FA Schöneberg** gewann den 1. DSTG Fußball-Wanderpokal.

## **Sport in der Steuerverwaltung:**

1976 findet in Trier das **1. Deutsche Turnier der Finanzämter** statt.

## **Großer Erfolg für den mittleren Dienst:**

Das Eingangsamts im mittleren Dienst beginnt mit der Besoldungsgruppe A 6.

## **Wichtige Veränderungen:**

### **Verbandstag 1971**

Da auf dem außerordentlichen Verbandstag am 30. Juni 1971 beschlossen wurde, ab sofort auch Angestellte und Arbeiter als Mitglieder aufzunehmen, wurde folgerichtig das Mitteilungsblatt „**Der Berliner Steuerbeamte**“ ab 12/1971 umbeantragt, und zwar in „**Steuer- und Grollblatt**“.

### **Verbandstag 1973**

Auf dem Landesverbandstag am 15./16. Februar 1973 erhielt der **BDSt Berlin** den Namen „**Deutsche Steuer-Gewerkschaft - Landesverband Berlin**“.

(wird fortgesetzt) ■

# Das Leistungsangebot . . .

## Beispiel

### **DSTG-Rechtsschutz - Rechtsberatung und Verfahrensrechtsschutz -**

. . . für DSTG-Mitglieder in persönlichen beamten- oder tarifrechtlichen Angelegenheiten:

- Formelle Beanstandungen bei Beurteilungen
- Eingruppierungsstreitigkeiten
- Vorermittlungen
- Einleitung eines Disziplinarverfahrens
- Versetzung in den Ruhestand ohne eigenen Antrag
- Entlassungsverfahren
- Zeugnisberichtigungen
- Anerkennung eines Dienstunfalles
- Schadenersatzansprüche
- Rückforderung von Bezügebestandteilen
- Sozialauswahl/KW-Vermerke
- Kündigungen

**Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!**

**DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung**

Ausfüllen und bitte an die DSTG-Berlin senden:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft  
Landesverband Berlin  
Motzstraße 32  
10777 Berlin

FAX: 030 21473041

**Ja**, ich werde Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Berlin- mit Wirkung vom ..... 2004.

Name: ..... Vorname: ..... Geburtsdatum: .....

Anschrift: .....

Telefon privat: ..... E-Mail privat: .....

Dienststelle: ..... Besoldungs-/Vergütungsgruppe: .....

Telefon dienstlich: ..... Teilzeitbeschäftigt: .....

....., den ..... (Unterschrift)